

S 154/01

# Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:  
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29  
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8001 Zürich, Telefax 258 16 77  
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39  
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39  
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Schweiz  
Fr. 1.50  
bFr. 60.- Lit. 2200.- sKr. 12.-  
dKr. 12.- lFr. 45.- Pa. 200.-  
DM 2.50 hfl. 3.25 Kas. Isoten  
lFr. 10.- nKr. 15.- Pa. 225.-  
Dr. 260.- OS 20.- Lf. 6000.-  
£ 0.90 Esc. 240.- Fl. 90.-

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

## Neutralität – Hindernis der Integration Europas?

Verträgt sich Neutralität nicht mit einem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft? Schweden, das dieser Tage sein Mitgliedschaftsgesuch in Brüssel eingereicht hat, geht von der *Vereinbarkeit* seiner traditionellen Neutralität mit der Integration in die Brüsseler Gemeinschaft aus. Es hat dafür von seiten der Holländer, die gegenwärtig den Vorsitz im EG-Ministerrat innehaben, distanzierende Kritik einstecken müssen. Der Präsident der EG-Kommission, Delors, hat in diesem Zusammenhang die Neutralität geradezu als Hindernis der Integration bezeichnet. Ähnliche Bemerkungen, insbesondere aus dem Munde des deutschen Kommissionsmitglieds Bangemann, hat Österreich schon wiederholt zu hören bekommen. Wien hatte allerdings sein EG-Beitrittsgesuch mit einem ausdrücklichen *Neutralitätsvorbehalt* versehen – was sich mit der «finalité politique» der EG sicher schlecht verträgt.

Im Disput um die Beitrittsgesuche von Neutrale spiegelt sich ein *Konflikt* um die politische Zukunft der Europäischen Gemeinschaft. Er ist zwischen den gegenwärtig zwölf EG-Mitgliedstaaten alles andere als bereinigt; vielmehr steckt der Streit noch in seinen Anfängen. Es geht dabei um die *politischen Ziele* des Brüsseler Europa. Soll es sich von der Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Union mit gemeinsamer Sicherheitspolitik, schliesslich zu einer selbständigen europäischen Verteidigungsunion weiterentwickeln, in welcher Länder mit militärischem Neutralitätsstatus keinen Platz hätten? Oder bleibt es bei einer loseren Konföderation verschiedenartiger Staaten ohne gemeinsame Organisation der Verteidigung?

Grossbritannien stellt sich als EG-Mitglied heute entschieden gegen solche Perspektiven der verteidigungspolitischen Vereinigung. Es setzt statt dessen auf die bewährten Strukturen der Nato, welche die *unerslässlichen*

*atlantischen Verbindungen* mit Amerika sicherstellen. London möchte, wie andere atlantische Kräfte in diversen EG-Mitgliedsländern, der Brüsseler Gemeinschaft auch in Zukunft nicht die Qualität eines «Superstaates» mit eigener verteidigungspolitischer Souveränität zubilligen. Auf Grund seiner eigenen Zukunftsvorstellungen fällt es ihm leicht, die Mitgliedschaftsanträge von neutralen Ländern willkommen zu heissen. Ja London fordert neutral und antizentralistisch denkende Länder wie die Schweiz geradezu auf, in die EG einzutreten. Denn die Briten hoffen, dass sie mit ihnen bei der künftigen Gestaltung der *europäischen Verfassung* am gleichen politischen Strick ziehen.

Präzis die gegenteilige, nämlich eine abschreckende Absicht verfolgen Londons Gegenspieler innerhalb der EG mit ihren kritischen Äusserungen gegen Beitrittsgesuche von Neutrale. Ihnen geht es darum, die Währungs-, die politische und die Sicherheitsunion in der Europäischen Gemeinschaft voranzutreiben, ohne dabei die ohnehin schwierige Aufgabe noch durch zusätzliche Elemente der Vielfalt zu belasten. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt hat diese Haltung kürzlich in einer Moskauer Diskussion in aller Offenheit formuliert. Man möchte das politische Europa unter den zwölf Mitgliedern allein gestalten, bevor man andern die Türen zur Mitsprache öffnet. Es kommt darin eine gewisse Geringschätzung der Neutrale und ihres Beitrags zur Stabilität in Europa zum Ausdruck. In der Brüsseler Terminologie geht es bei der ganzen Auseinandersetzung um die Frage des Vorrangs von *innerer Vertiefung* der Gemeinschaft, die eine gleichzeitige Erweiterung nach aussen schlecht zulässt und damit auch eine Vernachlässigung der wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse der frei gewordenen, nach «Westen» drängenden Länder Osteuropas riskiert.

Welche Schlüsse ergeben sich für neutrale Länder aus dieser Situation, die durch unentschiedene Ringen um die künftige Gestalt Europas gekennzeichnet ist? Erstens können sie, ob EG-Beitrittskandidaten oder nicht, mit *Gelassenheit* feststellen, dass der Kern der sicherheitspolitische Zweck und eigene Neutralität, nämlich die Verteidigung des Friedens im eigenen Land beziehungsweise dessen Heraushaltung aus einem gewaltsamen Konflikt, nach wie vor volle Berechtigung behält. Niemand in Brüssel, weder die Befürworter einer europäischen Verteidigungsunion noch die Gemeinschaft selber, hat sich bisher in irgendeiner Weise bereit erklärt, die Sicherheitsanliegen oder gar die militärische Verteidigung neutraler Beitrittskandidaten im Konfliktfall wahrzunehmen. Den Vorhaltungen gegen die Neutralität von Beitrittskandidaten fehlt es deshalb an Überzeugungskraft.

Solange es keine integrierte Verteidigung auf der Basis der Brüsseler Gemeinschaft gibt, muss sich – dies die zweite Feststellung – kein neutrales Land seinen sicherheitspolitischen Status zum Vorwurf machen lassen. Wer neutral ist und sein Land in einem – auch in Europa nach wie vor denkbaren – Konfliktfall *gläubhaft verteidigen* kann, trägt im Gegenteil auch nach dem grossen politischen Umbruch von 1989 zur *Stabilität* und zum *Frieden* auf unserem Kontinent bei. Dies von Brüssel aus ernsthaft zu kritisieren oder mit Vorbehalten in Frage zu stellen, wäre ungefähr so dumm und politisch schief wie der Vorwurf, EG-Mitgliedschaftsverträge sich nicht mit dem Nato-Status, das dieser irgendwann einmal mit dem Begriff einer vollen europäischen Verteidigungssouveränität der Brüsseler Gemeinschaft in Konflikt geraten könnte.

Zum dritten darf man die politische Prognose wagen, dass ein gemeinschaftliches Europa selbst im Falle einer künftigen

Sicherheitsunion auf verteidigungspolitische *Kooperation über den Atlantik* hinweg mit den Vereinigten Staaten angewiesen bleiben wird. Es ist schlechterdings kaum vorstellbar, dass Europa selber für das nukleare Gegengewicht und den Schutz gegen das nach wie vor vorhandene atomare Drohpotential der Sowjetunion sorgen wird. Die französischen und britischen Atomwaffen reichen zu einer eigenständigen Verteidigung Europas zweifellos nicht aus. Und die politische Eifersucht, mit der insbesondere Paris seine eigene Souveränität in Sachen *Force de frappe* hütet, macht die Wahrscheinlichkeit einer effektiven integrierten Verteidigungsorganisation Brüssels, die Paris rhetorisch nur allzu gerne beschwört, auf lange Sicht sehr gering. Da verspricht der durch die KSZE geschaffene Gesprächsrahmen für gemeinsame Sicherheitsanliegen in Europa noch eher Aussicht auf einige pragmatische Fortschritte im Interesse aller Länder unseres Kontinents, obwohl auch die KSZE keinen Ersatz für die Nato zu bieten vermag.

Der Status der Neutralität im Verteidigungs- und Konfliktfall verdient also alles andere als Verpöndung durch das heutige Brüssel. Andererseits ist auch für die *neutralen Länder* klar, dass ihre sicherheitspolitische *Rolle und ihre aussenpolitische Aufgabe* in einem grundlegend gewandelten Europa *anders aussehen* als im Zeitalter der bipolaren Spaltung. Jedes neutrale Land ist auf seine Weise daran, sich in die neue Lage, in ihre Erfordernisse und in die damit gegebenen neuen Möglichkeiten einzufinden. Und jedermann sieht ein, dass Neutralität obsolet werden könnte, wenn – wider Erwarten – dereinst die heutigen europäischen Nationen

## Neue Verfassung in Kolumbien

*Bogotá, 5. Juli. (ap)* In Kolumbien ist in der Nacht zum Freitag eine neue Verfassung in Kraft getreten, die die Befugnisse von Regierung, Parlament und Justiz sowie das Wahlrecht reformiert. Sie war am Mittwoch von der Konstituante verabschiedet worden. Mit ihrer feierlichen Verkündung durch Präsident Gaviria im Parlament wurde der Kongress aufgelöst; *Neuwahlen* sind auf den 27. Oktober angesetzt. Der vor sieben Jahren im Kampf gegen Guerilleros und Rauschgifthändler verhängte Belagerungsstand wurde aufgehoben.

Als eine der wichtigsten Änderungen erachten Beobachter die Reform des Wahlrechts. Sie soll sicherstellen, dass künftig ein breiteres politisches Spektrum in der Nationalversammlung vertreten ist. Bisher wurde das Parlament von der Konservativen und der Liberalen Partei dominiert. Besondere Aufmerksamkeit verdient auch das Verbot der Auslieferung kolumbianischer Staatsbürger, eine vor allem auf die Drogenbosse abgestellte Bestimmung. Weitere Artikel sehen den Schutz der Indianer und anderer Minderheiten vor. Die neue Verfassung ermöglicht ferner die Ehescheidung.

durch wirklich «Vereinigte Staaten von Europa» mit einer für alle Fälle hinlänglichen gemeinsamen Verteidigung abgelöst würden. Und dass unter solchen Umständen das militärische Potential der bis dahin neutralen Länder in die gemeinsame europäische Verteidigung einzubringen wäre, leuchtet ebenfalls ein. Aber man soll sich weder in Brüssel noch in den Hauptstädten der Neutrale die heutige Realität von blauer Zukunftsmalerei überbieten lassen. **Bä.**

Nach den ultimativen Forderungen des Staatspräsidiums

## Schritte zur Normalisierung in Slowenien

### Neuer Anlauf zu Verhandlungen

Am Freitag hat sich die Lage in **Slowenien** weiter beruhigt. Der Rückzug der Truppen der Bundesarmee in ihre Kasernen ist abgeschlossen. Die slowenische Führung hat bis am Freitagabend zwei der Ultimatum des Staatspräsidiums enthaltenen Punkte, nämlich die Freilassung der Gefangenen und die Beseitigung der Sperren vor den Armeekasernen, erfüllt. Einige andere Forderungen, vor allem nach der «Wiederherstellung des alten Zustands» an den Grenzen, wurden jedoch zurückgewiesen.

C. Sr. Zagreb, 5. Juli

**Slowenien** hat am Freitag über 2000 Angehörige der Bundesarmee, die während der Militärintervention gefangen genommen wurden, *freigelassen*. Sie dürfen in ihre Heimatrepubliken zurückkehren, müssen aber gemäss einem Beschluss des Kommandos des fünften Armeebereichs nach einem zehnwöchigen Urlaub wieder einrücken, um ihren Dienst zu Ende zu leisten. Mit der Freilassung der Soldaten und Offiziere sowie der Beseitigung der Sperren vor den Kasernen der Bundesarmee sind zwei der acht Punkte des am Donnerstag erlassenen Ultimatus des Staatspräsidiums erfüllt worden. Die Einheiten der *Territorialverteidigung* sind jedoch offenbar noch *nicht vollständig demobilisiert* worden, obwohl die vom höchsten Staatsorgan dafür gesetzte Frist bereits abgelaufen ist. Am Freitag vormittag ist auch der Abzug der Einheiten der Bundesarmee, die auf dem Flughafen von Ljubljana in Brnik im Einsatz waren, abgeschlossen worden. Damit sind alle Einheiten der Belgrader Streitkräfte in ihre Kasernen zurückgekehrt. Die *Grenzübergänge* auf dem Territorium Sloweniens sind laut Angaben von Radio Zagreb *geöffnet*. Allerdings sind noch nicht alle Barrikaden beseitigt worden. An einigen Stellen, vor allem in der Nähe der Hauptstadt Ljubljana, sollen sogar neue errichtet worden sein.

### Begrenztes Entgegenkommen Sloweniens

Vertreter der slowenischen Führung haben einen *Teil* der – offenbar einstimmig gefassten – Beschlüsse des Staatspräsidiums als *unannehmbar zurückgewiesen*, wobei sie jedoch gleichzeitig auch Verhandlungsbereitschaft signalisierten. Sloweniens Regierungschef Peterle bezeichnete am Donnerstagabend an einer Pressekonferenz die Ergebnisse der Belgrader Sitzung der jugoslawischen Staatsspitze als einen Erfolg für jene, welche in **Slowenien** militärisch interveniert hätten. Damit habe das höchste Staatsorgan praktisch das

Eingreifen der Armee gerechtfertigt. Für **Slowenien** gebe es jedoch *kein Zurück* mehr. *Unannehmbar* ist für **Slowenien** vor allem die – allerdings vage formulierte und auf verschiedene Weise interpretierbare – Forderung nach «Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands» an den Grenzen.

In Zagreb nimmt man an, dass der Vorsitzende des Staatspräsidiums, der Kroatie Mesić, dem Ultimatum vor allem deshalb zugestimmt habe, weil es ihm darum gegangen sei, *Zeit für Verhandlungen* zu gewinnen. Nach dem Ausscheiden des Slowenen Dmrovcak hat im höchsten Staatsorgan der serbische Block, zu dem neben Serbien und seinen beiden gleichgeschalteten Provinzen Vojvodina und Kosovo auch Montenegro gehört, stimmenmässig ein Übergewicht. Auch habe das Präsidium zeigen wollen, dass es wieder funktionsfähig ist und die Lage im Griff hat. Die Vertreter Bosnien-Herzegovinas und Mazedoniens, Bogic Bogicevic und Vasil Tupurkovski, denen die Überwachung der Ausführung der Beschlüsse anvertraut wurde, sind am Freitag zu Gesprächen nach Ljubljana gefahren. Einige andere Punkte des Ultimatus lassen sich nach slowenischer Auffassung innerhalb der gesetzten Frist nicht erfüllen.

### Hartnäckiges Festhalten am eigenen Zoll

Das Hauptproblem ist allerdings die Frage der Kontrolle der Grenzübergänge und der Zollverwaltung, die **Slowenien** auf keinen Fall mehr der Föderation überlassen will. Der slowenische Informationsminister Kacin erklärte am Donnerstagabend an einer Pressekonferenz, Jugoslawien werde *nie mehr eine gemeinsame Grenze* mit Österreich und Italien haben. Die Zollgebühren seien eine wichtige Einnahmequelle für **Slowenien**. An der Grenze würden nur Waren verzollt, die für die Einfuhr nach **Slowenien** bestimmt seien. Er betonte, dass die Suspendierung einmal verabschiedeter Parlamentsbeschlüsse ebenso un-

## Tagesinformation

### Wahl Mandelas zum ANC-Präsidenten

An der Delegiertenkonferenz des African National Congress (ANC) in Durban ist der bisherige Vizepräsident Mandela zum Präsidenten, der abtretende Präsident Tambo zum Ehrenpräsidenten und der Kompromisskandidat Sisulu zum Vizepräsidenten gewählt worden. Seite 3

### Höchste Teuerung seit zehn Jahren

Seit dem Dezember 1981 war die Jahresteuering nicht mehr so ausgeprägt wie im vergangenen Monat: Die 6.6 Prozent sind nicht zuletzt auf kräftige Preiserhöhungen bei den Früchten zurückzuführen. Seite 17

### Verlängerte Nachlassentzung für Omni

Die Nachlassentzung für die finanziell notleidende Omni Holding und die Omni Beteiligungen AG ist um zwei Monate verlängert worden. Laut dem Sachwalter werden Nachlassentzungen mit Vermögensbetreuung angestrebt. Gläubigerversammlungen finden am 4. September statt. Seite 33

### Auftakt nach Messe am «Züri-Fäscht»

Am Freitag um 17 Uhr ist das gigantische «Züri-Fäscht» bei strahlendem Sonnenschein auf dem Münsterhof eröffnet worden. Im Laufe des Abends nahm die Bevölkerung die See- und in der Innenstadt aufgebauten Budenstadt und die über total 50 000 Sitzplätze verfügende Festwirtschaft erstmals am festlichen Wochenende in Beschlag. Seite 47

### Becker und Stich im Wimbledon-Final

Die beiden deutschen Tennisprofis Michael Stich und Boris Becker erreichten in Wimbledon das Endspiel. Stich schlug dank drei Tie-breaks Titelhalter Stefan Edberg überraschend in vier Sätzen, Becker gewann gegen David Wheaton drei 6-4, 7-5, 7-5. Seite 53

Inhaltsübersicht	Umfang	92 Seiten
Ausland	1-7	Börsen 39-45
Wetter und Vermischtes	9, 11	Kanton Zürich 47-51
Inland	17-20	Sport 53-55
Feuilleton	23	
Roman	24	Beilagen:
Radio und TV	27-30	Zeitfragen 21
Wirtschaft	31-37	Wochenende 77-84

Literatur und Kunst Seiten 61-66

Anzeigen-Überblick Seite 2